

## Wohin soll das führen?

### Faktisches Versammlungsverbot in Spanien

Am 20. November 2011 wurde die Regierung der Spanischen Sozialistischen Arbeiterpartei (PSOE) von der nationalkonservativen Spanischen Volkspartei (PP) abgelöst, just am 36. Todestages Francos.

Nach der Krise 2008 ging es – nicht nur – mit Spaniens Wirtschaft bergab und unter anderem stieg die Jugendarbeitslosigkeit bis 2010 auf 40%. Daran konnte auch die regierende PSOE nichts ändern und nachdem sie mehrere unpopuläre Sparmaßnahmen beschloss (oder auf Druck der EU beschließen musste), folgten Anfang 2011 große Verluste bei Regional- und Kommunalwahlen. Bei den daraufhin vorgezogenen Neuwahlen marschierte die PP mit klarer Mehrheit ins Parlament.

Mit absoluter Mehrheit im Rücken verabschiedete die PP bereits Strafrechtsreformen, die zu drastischen Strafverschärfungen oder aber auch zu pauschalen Prozessgebühren zwischen 100 und 1.200€ führten. Der aktuelle Gesetzesentwurf von Innenminister Díaz spricht nun eine deutliche Sprache: fehlende Zusammenarbeit mit der Polizei, verweigerter Ausweiskontrolle, ziviler Ungehorsam, Beamt\_innenbeleidigung, das Tragen einer schwarzen Kapuze bedeuten eine Strafe bis

zu 30.000€; Aufruf oder Teilnahme an einer spontanen Demo vor dem spanischen Parlament, dem Senat oder Privathäusern von Politiker\_innen – 30.000 bis 600.000€; Eskalation einer friedlichen Demo (durch wen auch immer) – bis zu 600.000€ Strafe für die Anmelder\_innen; Verbreitung von Videos oder Fotos, die die „Arbeit“ der Polizei zeigen – bis zu 600.000€ und so weiter.

Was eigentlich durch die allgemein bekannten Grundrechte auf Versammlungs- und Meinungsfreiheit geschützt sein sollte, scheint den Innenminister nicht zu scheren. Er möchte zukünftig einfach nur „nicht mehr, sondern besser bestrafen“.

Allerdings kann es schon mit den derzeit in Spanien geltenden Gesetzen passieren, dass etwa ein mit Torte bekleckertes Gesicht einer konservativen Politikerin zu zweijährigen Haftstrafen führt. Aktivist\_innen hatten 2011 aus Protest gegen eine geplante Hochgeschwindigkeitsbahnstrecke durch die Region Navarra der konservativen Chefin der dortigen Autonomieregierung mehrere Torten schwungvoll zum Verspeisen angereicht. Dies bewertete Spaniens Oberster Gerichtshof als „Anschlag auf eine Autorität“ mit einer „gewalttätigen körperlichen Aktion“. Na dann, guten Appetit.

### pressback...

... ist ein monatlich in Hamburg erscheinender Newsletter gefördert von der Ortsgruppe Hamburg der Roten Hilfe. Die Rote Hilfe ist eine linke, parteiunabhängige, strömungsübergreifende Schutz- und Solidaritätsorganisation, die sich an der Seite aller sieht, die aufgrund politischer Aktivitäten Opfer staatlicher Repressionen geworden sind.

#### Informationen:

hamburg@rote-hilfe.de  
http://pressback.blogspot.de  
www.hamburg.rote-hilfe.de

#### Kontakt:

www.hamburg.rote-hilfe.de  
V.i.S.d.P.: H. Lange  
Postfach 3255, 37022 Göttingen

#### Eigentumsvorbehalt:

Dieses Falblatt bleibt bis zur Aushändigung Eigentum des Absenders/der Absenderin, „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung i.S.d. Vorbehalts. Nicht ausgehändigte Exemplare sind unter Angabe der Gründe der Nichtaushändigung an die Absender\_innen zurückzusenden.

## Scheinheilige Humanität

### EU plant noch schärfere Grenzkontrollen durch Eurosur und EES

Die Europäische Union hat ihre ganz eigene Umgangsweise mit den immer wieder bekannt werdenden Schiffsunglücken im Mittelmeer. So hat sie Anfang Dezember 2013 das Grenzüberwachungssystem Eurosur („European Border Surveillance System“) gestartet. Durch Kontrollen vom Boden, vom Meer, aus der Luft und aus dem All soll den in Not geratenen Menschen „geholfen“ werden. Natürlich nur so ganz nebenbei solle auch die „Illegale Migration“ und der „Drogen- und Menschenschmuggel“ eingedämmt werden – unter dem Deckmantel der humanitären Hilfe.

Mittels Satelliten, Radarstationen, Flugzeugen und Schiffsortungssystemen werden Informationen in nahezu Echtzeit über die aktuellen Routen der Migrant\_innen und der sogenannten Schlepper\_innen gesammelt. Zusätzlich patrouillieren nationale Behörden und FRONTEX auf dem Land und im Meer. Eurosur gibt den Mitgliedstaaten der EU untereinander und mit der Grenzschutzagentur FRONTEX die Möglichkeit zum Datenaustausch. Hierdurch sollen die Risiken an den Grenzen Europas aufgedeckt werden. Dieses System, welches von der EU als ein Beitrag zur Verhinderung von Flüchtlingskatastrophen verkauft wird, stellt, laut der EU, die Humanität in den Vordergrund. Vorgegeben wird, weniger Migrant\_innen sollten wieder in Drittstaaten abgeschoben werden, in denen sie bedroht sind. Dass dies dadurch geschehen soll, dass die Menschen jene Länder gar nicht erst verlassen, zeigt die Scheinheiligkeit dieses vorgeblich humanitären Ziels.

Zudem sollen auch die Befugnisse von FRONTEX weiter ausgebaut werden. Konnte die Grenzschutzagentur bisher nur Informationen von Polizeibehörden anfordern, soll sie künftig auch durch die Armeen unterstützt werden. Die Rettung von in Seenot geratenen Menschen soll weiterhin keine Pflicht sein und das Zurückschicken Aufgefundener auch rechtlich ermöglicht werden.



Dem Schrecken von FRONTEX ist auch örtlich keine Grenze gesetzt. So will die Agentur in Zukunft auch außerhalb der europäischen Gewässer Boote anhalten, durchsuchen und wieder zurückschicken dürfen.

Zunächst startet Eurosur in 18 EU-Staaten, darunter vor allem in Anrainerstaaten des Mittelmeers, osteuropäischen Staaten und Norwegen. Die nächsten acht Staaten, darunter auch die BRD, sollen in einem Jahr folgen.

Da auch der EU bewusst ist, dass viele Menschen nicht auf dem See-, sondern auf dem Luftweg in der EU einreisen und dann bleiben, hat sie zusätzlich ein weiteres Projekt parat: das Entry/Exit System (EES) als Teil der „smart borders-Initiative“. Hiermit sollen die Fingerabdrücke von Einreisenden ohne europäische Staatsangehörigkeit

gesammelt und mindestens sechs Monate gespeichert werden. Nicht wieder ausgereiste Personen werden dann den Grenzschutzbehörden gemeldet und ihre Fingerabdrücke übermittelt. Welchen „humanitären“ Gehalt dieses Programm neben der nicht zu befriedigenden Sammelwut der EU und der weiteren Abschottung der Festung Europa hat, ist nicht erklärt worden. Die große Koalition in der BRD sieht hierin laut ihrem Koalitionsvertrag eine „weitere Erleichterung“ der Einreisevorschriften (!), denn diese setzten ein Ein- und Ausreiseregister im europäischen Verbund voraus. Die Visavorschriften der einzelnen europäischen Staaten seien unterschiedlich geregelt, dabei sei es wichtig zu wissen, wer wann warum kommt und wieder geht – und eventuell auch nicht wieder geht. Selbstverständlich alles unter dem Gebot der Datensparsamkeit.

### Beitrittserklärung / Einzugsermächtigung / Rote Hilfe e.V.

- Ich erkläre meinen Beitritt zur Roten Hilfe
- Ausserdem bin ich an aktiver Mitarbeit interessiert
- Ich möchte regelmäßig den E-mail Newsletter erhalten



Rote Hilfe e.V.  
Postfach 3255  
37022 Göttingen

Ich ermächtige den Bundesvorstand der Roten Hilfe, jederzeit widerruflich, meinen Beitrag jeweils zu Beginn des Fälligkeitsdatums zu Lasten meines unten angegebenen Kontos durch Lastschrift einzuziehen. Innerhalb von 6 Wochen kann ich bereits vollzogene Lastschriften wieder rückgängig machen. Von mir verursachte Rücklastgebühren (Rückbuchung z.B. bei ungedecktem Konto) gehen zu meinen Lasten und können ebenfalls von meinem Konto abgebucht werden.

Ich zahle einen monatlichen Beitrag von

Abbuchung soll erfolgen

- 7,50 € (Normalbeitrag)
- 10,00 € (Solibeitrag)
- 3,00 € (Ermäßigter Beitrag)

- jährlich
- halbjährlich
- monatlich

€ anderer Betrag

Der Normalbeitrag beträgt monatlich 7,50 €. Der ermäßigte Mindestbetrag (für Schüler\_innen, Erwerbslose usw.) 3 €.

Vorname_Name
Strasse_Hausnummer
PLZ_Wohnort
Telefonnummer
e-mail
Name_Ort des Kreditinstituts
BIC
IBAN
Datum_Unterschrift

## Britische Verhältnisse

### Londoner Taxifahrer sollen der Polizei helfen

Die ausufernde Nutzung in Großbritannien von CCTV – der flächendeckenden Überwachung von öffentlichen Plätzen – hat seit vielen Jahren Vorbildcharakter für die Sicherheitsarchitektur in vielen anderen Ländern.

Aber in dem Inselstaat in dem es mehr Kameras gibt als irgendwo sonst auf der Welt und in dem durch Projekte wie der Nachbarschaftsstreife „Neighbourhoodwatch“ sowieso schon fast die ganze Bevölkerung in den Repressionsapparat mit einbezogen ist, wird immer gerne noch einen Schritt weitergedacht.

Nachdem erst vor kurzem illegalisierte Menschen per SMS und Großplakat (pb #65) dazu aufgefordert wurden, sich bei den Be-

hörden zu melden, oder besser gleich das Land zu verlassen, wurde vor kurzem die neueste Idee auf dem Gebiet der „Verbrechensbekämpfung“ vorgestellt.

Die Taxifahrer\_innen von London werden zu Hilfssheriffs der Polizei gemacht. Sie sollen alles was ihnen verdächtig vorkommt, anonym weiterleiten. Die Initiative läuft unter dem Namen London Taxi Watch, was auch der Titel einer bescheuerten Fernsehquizshow sein könnte. Die „cabbies“ wie sie in London genannt werden, sollen die Augen und Ohren der Polizei sein. Der Chef der Londoner Metropolitan Police frohlockt schon: „Wie auch die Polizeibeamten sind Taxifahrer zu jeder Zeit, bei jedem Wetter an alle Orten.“



Sie könnten wertvolle Informationen über Verkehrsstraftaten oder andere schwere Verbrechen an die Behörden liefern.

Erdacht wurde diese Kampagne von Crimestoppers UK, einer „gemeinnützigen“ Organisation, die seit Anfang der 1980er Jahre anonyme Hinweise auf vermeintliche Straftaten per Telefon und neuerdings auch per Internet sammelt und an die Ordnungsbehörden weiterleitet. Der Verein schaltet entsprechende Fernsehspots und produziert eine Fernsehshow, die mit Aktenzeichen XY vergleichbar ist. Seit einigen Jahren gibt es die Jugendorganisation „Fearless“, die schon 11- bis 16-jährigen beibringen soll, den kiffenden Kumpel zu verpfeifen. Zu allem Überfluss werden für Hinweise, die zu einer Verhaftung führen, sogar Prämien von bis zu 1000 Pfund bezahlt. Diese Denunziant\_innenvereinigung hätte sich George Orwell, der Autor des Buches 1984, nicht besser ausdenken können.

## „Helfen Sie der Bundesrepublik Deutschland!“

### Refugees werden systematisch vom Geheimdienst befragt

Dass Asylsuchende in der BRD ausführlichst ausgefragt werden, ist nichts Neues. Dass es dabei aber nicht nur um ihre Fluchtgründe, den Reiseweg und alle möglichen (weiteren) Asyablehnungsgründe geht, sondern auch um die Sammlung von Geheimdienstinformationen, ist ganz so selbstverständlich nicht. Inzwischen bestätigt sich, was bereits seit Jahren nahe lag – die Behörde mit dem merkwürdig anmutenden Namen „Hauptstelle für Befragungswesen“ (HBW) ist eine Dienststelle des Bundesnachrichtendienstes (BND), dessen Mitarbeiter\_innen jahrzehntelang systematisch Asylsuchende über die Situation in ihren Herkunftsländern ausfragten. Bislang hatte die Bundesregierung, der die Befragungsstelle direkt unterstellt ist, unter Berufung auf Geheimhaltungsgründe gemauert, was die Geheimdiensttätigkeiten der Behörde

mit immerhin 52 Mitarbeiter\_innen angeht. Die HBW unterhält neben dem Hauptsitz in Berlin verschiedene Zweigstellen; genaue Standorte: allesamt offiziell geheim. Zweck ist die Ausforschung der Migrant\_innen beispielsweise aus Afghanistan, Syrien oder Somalia über „sicherheits“politisch relevante Informationen. Diese werden dann auch fleißig mit Auslandsgeheimdiensten, insbesondere der USA und Großbritannien, geteilt. Und können laut Auskunft eines früheren Pentagon-Mitarbeiters auch für den Einsatz von Kampfdrohnen in Krisengebieten eingesetzt werden – bis hin zum Tötungsbefehl, etwa, wenn durch die (noch so nebensächlichen) Aussagen von Asylsuchenden Ziele bestätigt werden.

Die Geheimdienstler\_innen tarnen sich bei ihren Befragungen als „Praktikant\_innen“. Manche Asylsuchende erhalten auch

einen Fragebogen, in dem sie darauf hingewiesen werden, sie könnten „Deutschland helfen“. Die Beantwortung der Fragen wird in der Regel mit einer beschleunigten Anerkennung bzw. einer Aufenthaltserlaubnis honoriert. Dies wird selbstredend von der Bundesregierung bestritten; ebenso, dass die Verweigerung der Kooperation Nachteile mit sich bringt. Genau das entspricht jedoch den Erfahrungen von Betroffenen und ihren Rechtsanwält\_innen. Inzwischen teilte die Bundesregierung auch mit, für die Gewährung von Asyl zählten auch „Nachfluchtgründe“, die erst in der BRD aufgetreten sind. „Soweit solche Nachfluchtgründe aus der Befragung durch die Hauptstelle für Befragungswesen entstehen, werden sie dementsprechend berücksichtigt“. Also doch.

Die HBW soll nun aufgelöst werden – allerdings aus Effizienzgründen.

## Gewalt unter Kontrolle?

### In Bremen wird unabhängiger Polizeibeauftragter gefordert

Nachdem in Bremen einige Fälle von Polizeigewalt die bürgerliche Politik „erschüttert“ haben – zuletzt ein Video von einem Prügeleinsatz in der Disko „Gleis 9“ – wird nun von Grünen und der SPD ein unabhängiger Polizeibeauftragter gefordert. In Bremen wird die Ermittlung von Amtsdelikten bereits seit 2001, nicht wie in anderen Bundesländern, von Polizist\_innen, sondern von der der Polizei vorgesetzten Innenbehörde getätigt.

Wie wenig das bringt, zeigen aktuelle Zahlen:

Im Jahr 2011 gab es in Bremen 249 Anzeigen gegen Mitarbeiter\_innen im öffentlichen Dienst, davon 196 gegen Polizist\_innen. Insgesamt wurden 198 der 249 Verfahren eingestellt, in sieben Fällen kam es zu einem Strafbefehl und in drei zu einer Verurteilung. Damit decken sich die Zahlen mit dem bundesweiten Durchschnitt, nachdem von gegen Polizist\_innen eingeleiteten Verfahren ca. 98 % eingestellt werden. Bereits im Vorfeld werden Ermittlungen wegen des altbekannten Korpsgeists der Polizist\_innen verhindert und die Staatsanwält\_innenschaft ist ihren Kolleg\_innen von der Polizei auch mehr als wohlgesonnen. Davon unberücksichtigt sind bereits diejenigen Fälle, in denen es gar nicht erst zur Anzeige kommt. Die meisten Betroffenen von Polizeigewalt (beispielsweise auf Demonstrationen) wissen ganz genau, dass sie bei einer Anzeige der „Freund\_innen und Helfer\_innen“ mit einer Gegenanzeige zu rechnen haben und sich dann selbst auf der Anklagebank wiederfinden – beliebter Tatvorwurf: Ein aus dem Hut gezauberter Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte\_innen. Kommt es doch zu einem Gerichtsverfahren, ist längst die Version der Geschichte zwischen den treuen Kolleg\_innen abgesprochen und das Gericht sieht meist keinen Anlass, den Staatsbediensteten keinen Glauben zu schenken.

Zur Lösung dieser Probleme werden immer wieder unabhängige und externe Untersuchungskommissionen gefordert, welche

die Gewalt von Polizeibeamt\_innen aufarbeiten sollen. Sie sollen für mehr Objektivität und Transparenz sorgen, die Rechte der Betroffenen stärken, weitere Gewalttaten von Polizeibeamt\_innen verhindern, aber natürlich auch das Vertrauen in die Polizei zurückgewinnen. Auch in Hamburg gab es zeitweise, von 1998 bis 2001, eine unabhängige Polizeikommission, die jedoch unter Ronald Schill wieder eingestampft wurde.

Jedoch zeigen Erfahrungen aus anderen europäischen Ländern, dass eine unabhängige Untersuchungskommission eher zu einer „Effektivierung“ als zur Delegitimierung von Polizeihandeln führt, selbst wenn unrechtmäßige Gewalt festgestellt wird. Entsprechende Berichte bewerten Polizeieinsätze insgesamt oft als positiv und stellen die Überschreitung der Grenzen der „legalen“ Polizeigewalt als Einzelfälle dar. Dadurch wird Polizeigewalt als Ausrutscher einzelner Beamt\_innen dargestellt und nicht als ein strukturelles Problem der Institution Polizei. Auch ist nicht damit zu rechnen, dass Polizeigewalt und Rassismus tatsächlich weniger werden, nur weil „Altfälle“ strafrechtlich aufgearbeitet werden. Bei allgemeinen Gewalttaten ist solch ein präventiver Effekt durch eine effektive Strafverfolgung jedenfalls nicht nachgewiesen. Letztlich soll vor allem die Institution Polizei durch einen Vertrauens(rück)gewinn gestärkt werden, damit sie effektiver arbeiten kann. Mehr Erfolg verspricht daher nach wie vor die zivilgesellschaftliche Polizeikontrolle. Diese Form der Kontrolle begann 1967 mit einer studentischen Untersuchungskommission, die die offizielle Version des Tods Benno Ohnesorgs widerlegte. Seitdem gibt es in viele Fällen Initiativen, wie auch die Oury Jalloh Initiative, die zum Einen die Aufklärung mit viel Einsatz fördern, aber auch strukturelle Probleme thematisieren.

## zappenduster

### RECHTSBRUCH

Ein Verteidiger in San Juan, Puerto Rico unterhielt sich mit seinem Mandanten über dessen elektronische Fußfessel, woraufhin der Mandant sagte: „Sie sprechen mit mir durch dieses Ding.“ Für den Anwalt war es nicht das erste Mal, dass ihm Fußfesseln mit Superkräften begegneten. Er brach das Meeting ab und stellte einen Antrag beim Gericht, um das Gerät entfernen zu lassen. Dort bestätigte sich sein Verdacht: Die Fußfessel hatte ein Telefon-Funktion, welche auch ohne Warnung der Betroffenen angeschaltet werden kann. Gespräche können damit rund um die Uhr abgehört oder aufgezeichnet werden.

### EINBRUCH

Die irrtümliche Stürmung der Wohnung in Berlin-Mariendorf Anfang September durch das SEK war kein Einzelfall. Acht Mal seit 2008 stürmte das SEK in Berlin irrtümlich die falsche Wohnung. Die Bilanz der fehlgeleiteten Einsätze: Drei Menschen verletzt, sieben Hunde getötet, 28.000 Euro Schadensersatz gezahlt. Von den psychischen Folgen für die Betroffenen mal ganz abgesehen. Ursachen für die Fehleinsätze: „fehlende Tür- und Namensschilder, Dunkelheit sowie individuelle Fehler von Polizeibeamt\_innen.“

### AUSBRUCH

In Schweden ist ein Mann aus dem Gefängnis ausgebrochen, um einen Zahnarzt aufzusuchen. Nach der erfolgten Behandlung begab sich der 51-jährige direkt wieder in die Hände der Polizei. Er habe schon seit Tagen über Zahnschmerzen geklagt und es dann einfach nicht mehr ausgehalten. Der Mann befand sich wohl im offenen Strafvollzug, weswegen der „Ausbruch“ einfach möglich war. Seine Haftzeit wurde dann um 24 Stunden verlängert, um den Ausbruch wieder auszugleichen.